

11.10.2011 - 20:55 Uhr

Ansteckungsgefahren, Kommentar zur Slowakei von Detlef Fechtner

Frankfurt (ots) -

Spätestens seit den vergangenen Tagen weiß in Europa fast jeder Fernsehzuschauer, wie die Hauptstadt der Slowakei heißt. Schließlich hat zuletzt nahezu jeder Bericht über die Staatsschuldenkrise - und davon gibt es ja in diesen Tagen jede Menge - mit dem Satz geschlossen: "Jetzt richten sich alle Blicke aber erst einmal auf die Entscheidung in Bratislava."

Die war zwar bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung am Dienstagabend noch nicht gefallen. Ein Ergebnis allerdings stand bereits fest: Die Währungsunion, so wie sie und ihre Instrumente zur Krisenbewältigung aktuell verfasst sind, taumelt von einem Abgrund zum nächsten. Erst nach und nach verstehen die Mitglieder, was es heißt, einer Gemeinschaft anzugehören, die sich zur Verteidigung ihrer selbst auf Einstimmigkeitsregeln festgelegt hat. Alle sind von allen abhängig - völlig egal, ob sie Schwergewichte oder Zwerge sind.

Nur zur Erinnerung: Europas Regierungschefs mussten einen halben EU-Gipfel lang den griechischen Oppositionsführer ins Gebet nehmen, um ihm Zusagen abzurufen, ohne die eine Hilfe für Athen nicht denkbar gewesen wäre. Die Nea Dimokratia vertritt nicht einmal zweieinhalb Millionen Wähler. Die Wahren Finnen, die ebenfalls die Eurozone in Atem hielten, repräsentieren sogar nur 560075 Wähler. Und gerade einmal 307287 slowakische Wähler haben sich für Sloboda a Solidarita entschieden - jene Partei, die in den zurückliegenden Tagen ins Zentrum des Interesses rückte.

Viel war in den Monaten seit Griechenlands finanziellem Offenbarungseid Anfang 2010 die Rede von der Ansteckungsgefahr. Die Sorge bezog sich dabei auf das Risiko, dass Investoren auch Spanien oder Italien das Vertrauen in deren Schuldenfähigkeit entziehen.

Diese Befürchtung besteht nach wie vor. Aber sie ist nicht mehr die einzige Ansteckungsgefahr. Immer größer wird gleichzeitig die Sorge, dass einzelne Regierungen - oder Teile von ihnen - Entscheidungen blockieren, für die es eine große Mehrheit in der Eurozone gibt. So warnen Diplomaten bereits davor, dass im Falle einer Schuldenentlastung Griechenlands, egal ob durch Schnitt oder freiwillige private Beteiligung, andere Staaten mit hohen Schuldenbergen ebenfalls auf eine Erleichterung pochen werden - zumal wenn sie sogar noch mehr eigenes Geld in ihre heimischen Banken stecken müssen, damit die Institute Abschreibungen beim Euro-Nachbarn überstehen. Bratislava ist daher wohl nicht die letzte Hauptstadt, die Eurolands ganze Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Kontakt:

Börsen-Zeitung
Redaktion

Telefon: 069--2732-0
www.boersen-zeitung.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100014783/100705615> abgerufen werden.